



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BSI FORDERT NACHBESSERUNGEN BEI GEPLANTER ÖFFNUNG DES MESSWESENS

06.03.2008 Fachinformation

"Die Entscheidung darüber, wer die Strom- und Gaszähler in den Wohnungen betreibt, muss beim Vermieter bleiben. Es klingt vielleicht paradox, aber: das ist auch im Interesse der Mieter", so Lutz Freitag, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen angesichts der heutigen Beratungen im Bundestag. Mit einer Gesetzesänderung plant die Bundesregierung, das Ablesen der Zähler für den Wettbewerb zu öffnen. Die BSI begrüßt zwar grundsätzlich die geplante Liberalisierung des Messwesens. "Die vorgesehene Ermächtigung des Anschlussnutzers (Mieters), den Betreiber der Zähler auszuwählen, wäre aber kontraproduktiv", so Freitag. "Dies wäre nicht nur ein Eingriff in bestehende Mietverhältnisse und das geltende Mietrecht, eine Verlagerung der Wahl des Messstellenbetreibers auf den Anschlussnutzer könne auch negative Folgen für die Mieter haben." Insbesondere in größeren Objekten würden die Kosten für den immensen Verwaltungsaufwand und das ständige Auswechseln der Zähler unterschiedlicher Anbieter die - bisher nur erhofften - Vorteile einer Liberalisierung zunichte machen. Nur der Vermieter sei in der Lage, durch Bündelung der Messstellenvergabe Kostenvorteile für den Mieter zu erreichen. Außerdem gebe es bislang keine belastbaren Erkenntnisse zu den durch die Gesetzesänderung erwarteten Energieeinsparungen. BSI-Vorsitzender Lutz Freitag fasst zusammen: "Der Vermieter muss weiter entscheiden können, wer die Messstellen betreibt und die Messung vornimmt, sonst droht das Gesetzesziel ins Gegenteil verkehrt zu werden."

<https://bbu.de/beitraege/bsi-fordert-nachbesserungen-bei-geplanter-oeffnung-des-messwesens>